

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortl. Redakteur: 25.241.  
Für die Redaktionsarbeiten: 20.011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. März 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark.  
Postgebühren für Monats März 3 Mark ohne Postgebühren.  
Einzelnummern 10 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Kostenberechnung: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf. für einwöchige 10 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf. außerhalb 20 Pf. bis 90 mm breite Reklameweile 15 Pf. außerhalb 30 Pf. Offertengebühr 10 Pf. Ausw. Anzeigen gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Mariastraße 35/42.  
Druck u. Verlag von Meißner & Neithardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bedruckung nur mit beidseitiger Genehmigung. „Dresdner Nachr.“: unvollständig. Unvollständige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft  
**Chr. Garms** Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13  
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplatz.  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-  
Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

**Druckmaschinen für Handel und Gewerbe**  
Schnelle Lieferung = Beste Ausführung  
**Buchdruckerei Neppach & Reichardt**  
Fernsprecher-Nr. 25241 - Marienstr. Nr. 38/42

**Julius Feurich**  
Flügel Pianohandlung Pianos  
Verkaufsort:  
**Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)**

## Bewundene Erklärungen Chamberlains.

Leitender Grundsatz: Verhinderung eines Zurücktretens Deutschlands. — Im übrigen Unklarheit. Eine Kanzlerrede über Deutschlands politische Entwicklung. — Die Linkstendenz in der Fürstenfrage. — Ordensaustausch Prag — Wien.

### Baldwin deckt Chamberlain.

London, 4. März. Chamberlain ergriff heute im Unterhaus das Wort zu der bereits angekündigten Erklärung über die englische Haltung anlässlich des Zusammentritts des Völkerbundesrates. Er erklärte, er habe die Entwicklung des internationalen Streites im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes mit größter Besorgnis verfolgt und, wenn die extremen Formen der Streitigkeiten die Ansichten der Nationen darstellten, könnte man eine düstere Ansicht über die Lage haben. Die Wahrung der Erklärungen von Vertretern der am nächsten interessierten Nationen, mögen sie Deutsche, Franzosen, Belgier oder Polen sein, hätten ihn jedoch ermutigt, Besseres zu erhoffen.

Der Völkerbund sei gegründet worden, um durch gemeinsame Zustimmung und nach gemeinsamer Beratung eine Lösung von Schwierigkeiten zu finden, die sonst mit friedlichen Mitteln zu lösen unmöglich sein könnten, und es könne ihm ein Mißverständnis der Verfassung des Völkerbundes und seines Zweckes und eine Gefahr für seine Fortdauer drohen, wenn irgend jemand für oder gegen eine besondere Politik in Beziehung auf die Zusammenfassung der Organe des Bundes mit der Begründung plädierte, daß sie diese oder jene Partei innerhalb des Bundes stärken würde. Wenn der Völkerbund an Einfluß und Macht weiterhin so wachsen solle und in demselben immer schneller Tempo, in dem er in der letzten Zeit gewachsen sei, wie er (Chamberlain) mit Freude glaube feststellen zu können, dann müsse man, wenn man nach Genf gehe, nicht nur die eigene nationale Sprache sprechen, sondern, wie Briand es formuliert habe, die europäische Sprache sprechen, ja sogar die Weltsprache.

Es müsse leitender Grundsatz für die britischen Vertreter in Genf sein, sich dort an nichts zu beteiligen, was den Erfolg Locarnos gefährden oder Deutschland im letzten Augenblick den Eintritt in den Völkerbund unmöglich machen könnte. Nichts dürfe Deutschland verhindern, seine Absichten, die es in Locarno ausgesprochen hat, durchzuführen.

Unter keinen Umständen werde sich die britische Regierung auch an irgendwelchen Versuchen beteiligen, im Völkerbundsrat zwei Lager entgegenzusetzen. Kräfte zu schaffen, die der Furcht Europas vor dem Kriege waren. Es sei von wesentlicher Bedeutung, daß die Vorwürfe der Einmischung innerhalb des Völkerbundsrates beibehalten werden, wenn für keinen anderen Zweck, so doch deshalb, um jede Art von Intrige auszuschließen und so zu verhindern, daß der Rat seiner wahren Natur beraubt wird, eine besondere Entscheidung zu fällen.

Chamberlain erklärte weiter, er habe dem deutschen Vorschlag zugestimmt, Erörterungen mit ihm und anderen Vertretern vor der Ratssitzung in Genf stattfinden zu lassen.

Man könne wohl nicht annehmen, daß die ursprüngliche Form des Völkerbundsrates niemals geändert werden würde. Seine Verfassung sei ein Problem für eine allgemeine Erörterung.

Das britische Ziel sei, die Mitglieder des Rates in solchen Grenzen zu halten, daß er für praktische Arbeitszwecke ein wirksames Werkzeuge sei. Andererseits sei es ebenso wichtig, daß er zahlreich genug sei, um die Gesamtkörperschaft der Staaten im Völkerbunde zu repräsentieren und ihm die Autorität zu geben, deren er bedürfe. Jede Vermehrung der ständigen Sitze müsse natürlich mit ganz besonderer Sorgfalt geprüft werden. Großbritannien habe nicht den Standpunkt eingenommen, daß, abgesehen vom Eintritt Deutschlands, Amerikas oder Australiens, keine Vermehrung der ständigen Ratsitze erfolgen solle. Diese Frage sei bereits früher erörtert worden.

Vor vier Jahren habe die britische Regierung den Anspruch Spaniens unterstützt. Er sehe nichts, was die britische Regierung veranlassen könnte, ihre Haltung gegenüber diesem Anspruch im Prinzip zu ändern. (Widerspruch bei der Opposition.) Er befaße sich jedoch jetzt nicht mit dem Zeitpunkt der Erfüllung des Anspruchs. Es gebe auch einige Staaten, die nicht für ständige Sitze geeignet seien, deren Anwesenheit im Rat jedoch wünschenswert sein könnte.

Die leitenden Grundsätze der britischen Regierung seien, nichts zu tun, was die Ergebnisse von Locarno gefährden könnte, oder was irgendeiner Macht das Recht gebe, zu sagen, daß sie unfair behandelt oder in eine Lage gebracht worden sei, deren Folgen sie nicht vorzusehen konnte.

Währenddem gehöre es zu den leitenden Grundsätzen Englands, daß die Schaffung neuer Ratsitze sorgsam erwogen werden müsse, und daß sie nur erfolgen könne, wenn der gesamte Rat in ihrer Unterstüßung einig sei. Wenn jedoch der gesamte Rat in der Unterstüßung eines besonderen Anspruchs einig sei, so würden die Engländer den Anspruch auf seine Ver-

rechtigung hin prüfen müssen. Großbritannien sage nicht und sei nicht bereit, a priori zu sagen, daß kein derartiger Anspruch unter irgendwelchen Umständen zugelassen werden könne.

Der britischen Regierung wäre es lieber gewesen, wenn diese Fragen nicht gerade jetzt aufgeworfen worden wären. Man könne das Problem nur durch eine Abstimmung im Völkerbundsrate lösen. Wenn aber in einer Versammlung des gesamten Völkerbundsrates für eine bestimmte Nation ein Weg gefunden werde, so werde Großbritannien sicherlich eine Ausnahme nicht verweigern, oder sich ihr widersetzen mit der Begründung, daß Großbritannien es vorgezogen hätte, die Frage nächsten September zu erörtern.

### In der Aussprache

ergriff nach Chamberlain Macdonald das Wort. Unter dem Beifall der Arbeiterpartei sprach er sein Bedauern aus, daß es unmöglich sei, der Rede Chamberlains zuzustimmen. Macdonald betonte, er habe nie in seinem Leben ein Problem gesehen, in dem sich die Nation so einig geäußert hat, wie in der augenblicklich erörterten Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates.

### Premierminister Baldwin

erklärte, zwischen Chamberlain und den übrigen Mitgliedern der Regierung bestehe keine Meinungsverschiedenheit. Sie hätten vollkommen Vertrauen zueinander. Wenn Chamberlain und Lord Cecil nach Genf gingen, hätten sie in allererster Linie ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes mit einem Sitz im Rate werde. Dies sei ihre Hauptaufgabe und dies hofften sie zu erreichen.

Großbritannien wüßte den freien und bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbundsrat.

Was Spanien betrifft, so habe Großbritannien die Forderung einer Unterstüßung Spaniens erneuert, die von Lloyd Georges Regierung vor einigen Jahren geäußert wurde. Daraus sei keine Bedingung mit Bezug auf Zeit und Gelegenheit abzuleiten.

England habe die Frage der Ratsitze nicht aufgeworfen und habe niemand dazu veranlaßt, sie aufzuwerfen. Es sei deshalb nicht die Schuld der englischen Regierung, wenn sie nunmehr im gegenwärtigen Augenblick zur Diskussion gestellt werden müßte. Er wolle sogar sagen, es sei niemandes Schuld. Er glaube, es sei im großen und ganzen unvermeidlich gewesen. Bei jedem Zusammenritt der Völkerbundsversammlung wurde in der Versammlung selbst und besonders in den Wandelgängen die Zusammenfassung des Völkerbundsrates in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt.

Als Lloyd George bemerkte, daß Chamberlain angesichts seiner Birmingham-Rede und ihrer Aufnahme durch die Pariser Presse keine freie Hand habe, unterbroch ihn Chamberlain und erklärte, als er auf seiner Durchreise in Paris die Ansichten der französischen Regierung und die Argumente, mit denen sie sie rühme, zu erfahren suchte, seien seine ersten Worte zu Briand gewesen, daß er über die Haltung der britischen Regierung kein Wort sprechen geben könne, bevor er mit seiner Regierung die Frage erörtert hätte.

Nun vor 7 Uhr war die Erörterung beendet und die Opposition forderte die Abstimmung über den formellen Vertragungsantrag, auf dessen Grundlage die Erörterung stattgefunden hatte. Obwohl Baldwin formell die Vertagung beantragt hatte, war es nicht der Wunsch der Regierung, daß das Haus sich vertagen sollte, denn der Antrag war nur gestellt worden, um die Gelegenheit für die Debatte zu geben. Als es zur Abstimmung kam, widersetzte sich daher die Regierung ihrem eigenen Vertragungsantrag, und die Vertagung wurde mit 224 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

### Bandervelde kann auch anders.

Auch Polen gehört in den Rat!

Brüssel, 4. März. (Meldung der Agence Belge.) Während der Debatte über den Haushalt des Außenministeriums gab heute Bandervelde u. a. folgende neue Erklärung ab: Ich denke, daß es zwei Vänder gibt, die im Völkerbundsrat vertreten sein müssen: Belgien, das schon im Rate sitzt, und Polen, das noch keinen Sitz hat. Ich habe gestern meine Gedanken mit der Zurückhaltung angedeutet, die ich für nötig hielt. Man verlangt heute von mir, ich solle meine Gedanken genauer ausdrücken. Woblan, ich sage es nun, es wäre anständig, wenn Belgien aus dem Rate in dem Augenblick austräte, in dem Deutschland eintritt würde, und daß es seine Interessen nicht mehr verteidigen könnte, wenn sein ständiger Nachbar die Möglichkeit hätte, es zu tun. Es ist falsch, daß der Pressefeldzug, über den ich geklagt habe, in Deutschland angefangen hätte. Er hat anderswo begonnen, und er nahm einen ganz und gar debauerischen Charakter an. Wir sollen dem Geiste von Locarno treubleiben, und wir werden uns bemühen, ihm zum Siege zu verhelfen. (W. T. B.)

Am Tage vorher hatte sich Bandervelde gegen jede Erweiterung des Rates ausgesprochen.

### Beamte und Republik.

Die demokratischen Minister im Kabinett Luther sind ziemlich unruhig. Sie machen viel von sich reden, indem sie selbst viel reden. Man muß dabei an das Sprichwort denken: „Neue Besen kehren gut.“ Bei einer solchen Geschäftigkeit kann es nicht ausbleiben, daß manches gesagt und getan wird, was nicht gerade nötig wäre. So ist es nicht recht erfindlich, warum der Reichsinnenminister Dr. Riß eigentlich das Thema „Beamte und Republik“ wiederangeknüpft hat, aber das doch eigentlich heute keine Unklarheit mehr herrschen kann. Man sollte lieber die Zeit ihren glättenden und beruhigenden Einfluß in aller Stille walten lassen, statt immer wieder ohne zwingende Not ein in mancher Hinsicht so heißes Kapitel in der Öffentlichkeit zu erörtern, bloß weil einmündiger ein Ministerwechsel stattgefunden hat. Wenn das üblich wäre, könnte wegen des starken Ministerverbrauchs der so dringend erwünschte Beharrungsstand auf diesem Gebiete überhaupt nicht eintreten. Mit diesem allgemeinen Vorbehalt muß man an die diesmalige Wiederaufrholung der Beamtenfrage herangehen. Ueber das Verhältnis der Beamten zur Republik belegen die von Dr. Riß aufgestellten Richtlinien, daß der Beamte die republikanische Staatsform bejahen und sich dem Staate innerlich verbunden fühlen solle, und daß Beamte, welche die Republik und ihre Symbole schmähend und verächtlich machen, sich des Dienstes am Volke unwürdig erweisen. Bei der mündlichen Erläuterung dieser Forderungen fügte der Minister dann noch die Verschärfung hinzu, daß der Beamte „republikanisch denken“ müsse. Mit den beiden ersten Forderungen kann man sich grundsätzlich einverstanden erklären; noch besser wäre es freilich gewesen, wenn der Minister statt Bejahung der republikanischen Staatsform gesagt hätte: Bejahung des gegenwärtigen Staates und der Verfassung. Das Verlangen des „republikanischen Denkens“ aber ist eine Utopie, deren nachträgliche Entschärfung durch einen falschen Zusammenhang nicht verhindern kann, festzustellen, daß diese Äußerung einen tiefen Einblick in die Geistesverfassung unserer Demokraten gewährt. Verabzueu grotesk wird die Sache, wenn man bedenkt, daß Herr Dr. Riß selbst zu denjenigen gehört, die erst nach der Umwälzung ihr republikanisches Herz entdeckt haben. Er konnte über diesen Punkt nicht auf schwelgend hinweggehen, und so suchte er sich mit der Wendung aus der Affäre zu ziehen, daß er sich seiner früheren monarchischen Gesinnung auch heute nicht schäme. Immerhin, das sind Feinheiten, die bei dem Inhaber eines hohen Reichsamtes etwas fatal anmuten, und ganz besonders, wenn er, der selbst im Glashaufe sitzt, bei seinen Beamten den republikanischen Gedanken-lester spielen will.

Man stelle sich einmal vor, zu welchen Konsequenzen eine solche Methode führen müßte. Sie würde den geschäftigsten Denunziationen Tor und Tür öffnen und einem charakterlosen Strebertum die Handhabe zu allen möglichen lichtlosen Machenschaften bieten. Die sogenannte republikanische Beschwerdestelle, die jetzt lauter Felerlage hat, bekäme dann alle Hände voll zu tun. Es wäre überhaupt recht wünschenswert, daß der neue Reichsminister des Innern sich mit dieser Einrichtung, über die viele Kreise noch im Dunkeln tappen, etwas eingehender beschäftigen und sich insbesondere zu der vielfach verbreiteten Ansicht äußerte, daß die Beschwerdestelle vom Ministerium des Innern ressortierte. Da im Etat nirgends eine ähnliche Position aufgeführt ist, bliebe nur die Annahme übrig, daß sie aus einem Geheimfonds gespeist würde. Von welcher Gesinnung diese Organisation erfüllt ist, zeigt ein dieser Tage bekanntgewordener Vorfall, der darin gipfelt, daß ein Sekretär der Beschwerdestelle in einer Eingabe die militärischen Uniformen als „Kostüme“ bezeichnet hat. Hier nach dem Rechten zu sehen, wäre entschieden notwendiger, als die alten ehrenhaften Beamten, die unter schweren seelischen Kämpfen und Ueberzeugungskonflikten ihre knochelnde Gesinnung seit der Umwälzung in treuer Pflichtenfüllung betätigt haben und dadurch recht eigentlich zum Rückgrat der Republik geworden sind, mit mikroskopischen Untersuchungen über ihre waschechte republikanische Denkwelt zu befehlen. Es hätte sicherlich mehr Eindruck gemacht, wenn Dr. Riß für diese Beamten eine Banse gebrochen hätte, statt gerade solche Elemente gegen Angriffe in Schutz zu nehmen. Die erst nach der Umwälzung Republikaner geworden sind. Gewiß, es mag auch darunter Leute geben, die einer inneren Ueberzeugung folgen oder wenigstens glauben, es zu tun, sehr viele sind aber auch